

~~TAGESPOLITIK~~ KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XX/88

Bonn, den 10. Mai 1965

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite</u>		<u>Zeilen</u>
1 - 2	Blick nach vorn	98
	Zur Berliner Tagung des Aktionskomitees für die Vereinigten Staaten von Europa	
3 - 3a	Wiesbaden	91
	Deutsche Sozialdemokraten in Aktion	
4	Schwarze Woche oder Schritt nach vorn ?	49
	EWG-Haushalt - Keine Besteuerung ohne Volksvertretung Von Fernand Georges Generalsekretär der sozialistischen Fraktion des Europäischen Parlaments	
5 - 7	"God save the Queen"	132
	So sieht England seine Königin Die Repräsentantin der ungeschriebenen Verfassung 700 Jahre Parlament in England Von Fritz Segall, London	

Blick nach vorn

Zur Berliner Tagung des Aktionskomitees für die
Vereinigten Staaten von Europa

sp - Es ist gut zu wissen, daß sich die Mitglieder des Aktionskomitees für die Vereinigten Staaten von Europa, kurz Monnet-Komitee genannt, von den gegenwärtigen Schwierigkeiten auf dem Wege nach der weiteren wirtschaftlichen und politischen Einheit Europas nicht beirren lassen. Die zwölfte Tagung des Komitees am vergangenen Wochenende in Berlin war der Beweis dafür. Für uns Deutsche besonders wertvoll ist es, daß gerade in diesen Tagen Berlin als Konferenzort gewählt wurde und daß an der Konferenz selbst Persönlichkeiten teilnahmen, deren politisches Gewicht in ihren Heimatländern bedeutend genug ist, um in dem Sinne der in Berlin gefaßten Beschlüsse wirksam werden zu können. Alle großen demokratischen Parteien der sechs EWG-Staaten, die freien Gewerkschaften unterschiedlicher Richtungen waren durch ihre Präsidenten vertreten. Schon deshalb wurde die diesjährige Tagung des Komitees in Berlin zu einer Demonstration des Willens, einen Schritt nach vorn auf dem Wege zur europäischen Einigung zu tun.

Bedeutsam war die Tagung aber auch deswegen, weil während vieler Stunden hart gearbeitet wurde. Das Monnet-Komitee ist nicht gewohnt, irgendwelche "Proklamationen" zu verkünden, ohne die Gewißheit zu haben, daß die von ihm gefaßten Entschlüsse und die darin enthaltenen Vorschläge auch realisierbar sind.

* * *

Im Rückblick auf das in wirtschaftlicher Beziehung bisher Erreichte, stellt das Monnet-Komitee fest, daß die im Rahmen der EWG behandelten Fragen nur dann in vollem Umfange ihren Gemeinschaftscharakter manifestieren können, wenn das Europäische Parlament effektiver als bisher am Leben der Gemeinschaft beteiligt wird.

Im Rahmen einer gemeinsamen Wirtschafts- und Währungspolitik strebt das Monnet-Komitee an: Die Finanzierung der gemeinsamen Agrarpolitik und die Bildung von Eigenmitteln der Gemeinschaft;

Aufstellung eines europäischen Statuts für die Handelsgesellschaften und die Zusammenfassung der Anstrengungen auf dem Gebiet der naturwissenschaftlichen und technischen Forschung;

die Antikartellmaßnahmen sowie die Wahrung der Rechte und der Beschäftigungsstabilität der Arbeitnehmer;

die Schaffung eines europäischen Kapitalmarktes und die Einnahme einer gemeinsamen Haltung gegenüber den internationalen Währungsproblemen;

die Ausarbeitung einer gemeinsamen Handelspolitik gegenüber den Ländern des Ostens.

Die Bedeutung gerade der Forderung nach einer gemeinsamen Handelspolitik gegenüber den Ländern des Ostens ist jedem bewußt, der sich darüber klar ist, daß in den vergangenen zwei Jahren der Mangel an Koordination westlicher Handelsbeziehungen zu den kommunistisch regierten Staaten manche politische Verstimmung und Schwierigkeit in der westlichen Allianz aufkommen ließen, die nicht notwendig gewesen wäre.

* * *

Die Mitglieder des Monnet-Komitees wollten aber gerade in Berlin

über die rein wirtschaftlichen Vorschläge zur weiteren Einigung Europas hinaus auch bewußt in den politischen Raum vorstoßen. Das Komitee schlägt vor, jene Methoden anzuwenden, die zur Verwirklichung des Gemeinsamen Marktes geführt haben. Unter Berücksichtigung der bekannten Schwierigkeiten, die der Verwirklichung der politischen Einheit Europas noch entgegenstehen, wurde in Berlin die Einberufung einer zwischenstaatlichen Konferenz gefordert, die einen Vertrag ausarbeiten soll, durch den das institutionelle System des Gemeinsamen Marktes auf die Fragen der Außen- und Verteidigungspolitik ausgedehnt wird. Dies würde bedeuten, daß die europäischen Staaten im Laufe der Zeit dazu gelangen würden, entscheidende Fragen ihrer Gesamtpolitik gemeinsam zu vertreten. Hierbei hat das Monnet-Komitee erneut bekräftigt, daß es den Beitritt Großbritanniens sowie der Länder, die ihren Beitritt zur EWG bereits beantragt haben, eine besondere Bedeutung beizumessen.

* * *

Das Monnet-Komitee betont, daß der weitere Zusammenhalt des gesamten Westens, das heißt der USA und Europas, eine zwingende Notwendigkeit ist, um eine dauerhafte, friedliche Koexistenz mit der Sowjetunion gewährleisten zu können und die Vereinigung der heute getrennten Deutschen aus Ost und West in der Europäischen Gemeinschaft herbeizuführen. Es besteht kein Zweifel, daß die Mitglieder des Monnet-Komitees das geeinigte Europa als einen gleichberechtigten Partner der Vereinigten Staaten anstreben. Ebenso wie in wirtschaftlicher Beziehung bei Vorbereitung der Kennedy-Runde Europa bereits als Gemeinschaft auftritt, soll auch im politischen Bereich "Europa mit einer Stimme" die Zusammenarbeit mit den USA anstreben. Schon im Juni 1962 hat das Monnet-Komitee erklärt, daß die Beziehungen zwischen Europa und den USA auf der Grundlage von "zwei verschiedenen, aber gleichermaßen mächtigen Einheiten, bei der jeder Partner sein Teil der gemeinsamen Verantwortung gegenüber der Welt übernimmt" entwickelt werden müssen. Deshalb wurde auch jetzt in Berlin noch einmal gesagt, die Sicherheit der freien Welt könne nur im Rahmen der atlantischen Allianz gewährleistet werden.

* * *

Das Studium der Entschlüsse, die auf der Berliner Tagung des Monnet-Komitees einstimmig verabschiedet wurden, gibt die Gewißheit, daß die entscheidenden politischen Kräfte des freien Europa viel weiter blicken, als es mitunter im hektischen Ablauf der Tagesereignisse erscheinen mag. Der Lebensstandard der Völker, die im Gemeinsamen Markt leben, konnte trotz der gewaltigen durch den Krieg hervorgerufenen Zerstörungen und trotz der Millionen Vertriebenen, die in den Westen hineingepreßt wurden, in einer verhältnismäßig kurzen Zeitspanne erheblich verbessert werden. Die Wirtschaftskraft der dem Gemeinsamen Markt und der Freihandelszone angeschlossenen Staaten wächst dauernd an. Trotz unterschiedlicher Ausgangspositionen ergibt sich immer sichtbarer eine sozialökonomische Koordinierung des Lebensstils der Völker. Der Schritt zur politischen Einheit und damit zur erhöhten gemeinsamen politischen Wirkungsmöglichkeit ist deshalb keine Utopie. Er steht auf der Tagesordnung der aktuellen Politik, auch dann, wenn es hier und dort den Anschein haben mag, als könnte man sich nicht immer von der Vergangenheit lösen. Das Aktionskomitee für die Vereinigten Staaten von Europa hat eine neue Etappe anvisiert. Es hat den Blick für Europa nach vor gerichtet.

+ + +

Wiesbaden

Deutsche Sozialdemokraten in Aktion

sp - Mit Bedacht haben die deutschen Sozialdemokraten Wiesbaden, die Hauptstadt des von Georg August Zinn geführten Landes Hessen zur Stätte ihres Parlamentarientreffens gewählt. Sozialdemokraten leiten, seit es wieder Länderregierungen und eine Bundesrepublik gibt, ununterbrochen die Geschicke dieses an Fläche und Bevölkerungszahl mittleren Landes, doch groß an Leistungskraft und Aufbauwillen; der jüngst von Hessen erarbeitete 10-Jahresplan gehört wohl zu den schöpferischsten Dokumentationen der Nachkriegszeit. Sie versucht unter Zuhilfenahme aller wissenschaftlichen Methoden und unter sorgfältiger Beachtung bisheriger Erfahrungen, die vorauszu sehende Entwicklung in den Griff zu bekommen. War es nun der genius loci, der dieses Treffen von sozialdemokratischen Ministerpräsidenten, Landesministern, Bundestags- und Landtagsabgeordneten, von Oberbürgermeistern, Landräten, Staatssekretären und Vertretern der Kommunalparlamente zu einem ungewöhnlichen Ereignis werden ließ, das kein Gleichnis in der bisherigen Geschichte dieser traditionsreichen hundert Jahre alten und doch so modernen Partei findet? Diese Männer und Frauen stehen in öffentlicher Verantwortung, sie und ihre Partei stehen mitten im Staate und beeinflussen sein Wirken.

Das zweitägige Treffen, eingeleitet durch richtungweisende Hauptreferate von Willy Brandt und Georg August Zinn, bereichert durch lebendige und manchmal auch heftige Diskussionen in den sechs Arbeitsgemeinschaften, seine Krönung findend in der Zusammenfassung von Fritz Erler, hatte keine Beschlüsse zu fassen und keine Entschlüsse zu verabschieden. Inhalt und Zielsetzung sozialdemokratischer Politik hat der Parteitag der SPD in Karlsruhe bestimmt. Dieser Kongreß diente der Realisierung der Karlsruher Beschlüsse in Bund, Ländern und Gemeinden, den drei Säulen unseres demokratischen Staates. Die Lösung der Gemeinschaftsaufgaben verlangen von allen drei Gliedern ein Höchstmaß von Zusammenarbeit, nicht einer diktierten, einer freiwilligen, am Wohle des Ganzen sich orientierenden Zusammenarbeit.

Hierbei erweist sich die Integrationskraft der deutschen Sozialdemokratie als einer der wichtigsten Faktoren. Diese öffentliche Verantwortung tragenden Männer und Frauen sind, wo immer sie auch wirken, vereinigt in der Überzeugung, der Kraft, dem Willen und der Entschlossenheit, die Bundesrepublik zu einer gerechten Heimstatt für alle zu gestalten, in der der einzelne Bürger den ihm gemäßen Platz einnimmt, aber auch das Wohl der Gemeinschaft nicht zu kurz kommt. Unsere Gesellschaft, wie sie nach 1945 entstand, hat schon daran schweren Schaden genommen, daß es ihr nicht gelang, privaten Wohlstand mit den steigenden Bedürfnissen der Gemeinschaft harmonisch zu verbinden. Was nützt dem Einzelnen sein Reichtum, wenn Staat und Gesellschaft als Ganzes verarmen und verkümmern?

Heute bestimmen die innenpolitischen Themenstellungen der Sozialdemokraten das Feld der innenpolitischen Auseinandersetzung. An ihnen kann keiner mehr vorbeikommen, der ernst genommen werden will. Das Wursteln von Tag zu Tag, ein Hauptmerkmal Bonner Regierungstätigkeit

des letzten Jahrzehnts, droht einen Notstand herbeizuführen. Unsere Zukunft als freier Teil des deutschen Volkes steht auf dem Spiel, gelingt es nicht, die gesellschaftliche, politische, wirtschaftliche und kulturelle Entwicklung dem schnellen Veränderungsprozeß anzupassen, in dem alle Industrienationen stecken. - bei Wahrung des Auftrages des Grundgesetzes, der die Würde des Menschen und ihre Unantastbarkeit zum Zentralpunkt alles politischen Wirkens erhebt.

Vor welchen Aufgaben steht die deutsche Innenpolitik? Unser Bildungsnotstand wirkt sich heute schon verhängnisvoll aus, die Bundesrepublik hat noch einen weiten Weg zurückzulegen, ehe sie von einem annähernden Gleichstand deutscher Wissenschaft und Forschung mit vergleichbaren Industrienationen sprechen kann. Die Volksgesundheit im weitesten Sinne des Wortes liegt im argen, dafür zeugen die Millionen von Arbeitnehmern, die frühzeitig aus dem Arbeitsprozeß ausscheiden müssen. Die wachsende Verkehrsnot in den industriellen Ballungsgebieten und Großstädten schreit zum Himmel und verlangt einen hohen Preis an Menschenleben. In den Fragen der Raumordnung und Strukturpolitik gibt es auf Bundesebene nicht einmal Ansätze von Lösungen. Hier fehlt es an planender Voraussicht, und die fehlende Finanzreform verursacht bei den Gemeinden lebensgefährliche Blutarmut. Die Vernachlässigung dieser Gemeinschaftsaufgaben kam uns schon teuer zu stehen, aber ihre Lösung läßt sich von der Tagesordnung deutscher Innenpolitik nicht mehr hinwegwischen.

Die deutschen Sozialdemokraten haben als einzige große Partei darauf schon präzise Antworten gegeben. Sie verfügen über eine klare gesellschaftspolitische Konzeption. Sie tapfen nicht im Dunkeln. Auch in Wiesbaden gaben Sachverstand und die redliche Suche nach den besten Wegen unter Berücksichtigung der bundesstaatlichen und föderativen Ordnung den Beratungen und Referaten das Gepräge.

Ein freier Staat beruht auf der Mitarbeit selbstbewußter Bürger, von unten her fließt der breite Strom der Erneuerung, von oben kommt die vom Vertrauen getragene Führung. Die Bundesrepublik besitzt derzeit keine kraftvolle Führung. Sie nimmt zu Ausflüchten Zuflucht. Das von Erhard proklamierte Gemeinschaftswerk ist ein Produkt lähmender Verlegenheit, eine konfuse, nicht mit der Verfassung in Einklang zu bringende Konstruktion, ernsthafter Diskussion nicht wert.

Die deutsche Sozialdemokratie trat in Wiesbaden in Aktion. Ihr Führungsanspruch ist begründet durch ihre Leistungen im Bund, Ländern und Gemeinden. Unsere Geltung in Europa und der Welt wird mitbestimmt durch die Ordnung im eigenen Hause. Da gibt es hier noch viel zu tun. Zwanzig Jahre nach dem dunklen 8. Mai 1945 wurde in Wiesbaden ein neues Kapitel im Buch deutscher Geschichte eröffnet. Es wird die sozialdemokratische Handschrift tragen.

Schwarze Woche oder Schritt nach vorn ?

EWG-Haushalt - Keine Besteuerung ohne Volksvertretung

Von Fernand Georges

Generalsekretär der sozialistischen Fraktion
des Europäischen Parlaments

Etwa 9 Milliarden DM würden der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft ab 1972 jährlich zur Durchführung ihrer Wirtschafts- und Sozialpolitik zur Verfügung stehen, wenn jener Seiltänzerakt gelingt, der in diesen Wochen auf der Europaachse Brüssel-Luxemburg-Straßburg eingetübt wird. Das ist vierzehnmal der Umfang des Staatshaushaltes des kleinsten Mitgliedstaates der Gemeinschaft für 1965.

Aus welchen Quellen würden diese Gelder fließen? Die EWG-Kommission hat vorgeschlagen, die Finanzbeiträge der Mitgliedstaaten, welche bis zur Stunde den wachsenden Haushalt der Gemeinschaft speisen, dadurch zu ersetzen, daß ab 1. Juli 1967 die Einnahmen aus Agrarabschöpfungen und Zöllen bei der Einfuhr aus dritten Staaten allmählich der Gemeinschaft als eigene Einnahmen zufließen. Von den Sozialdemokraten der Gemeinschaft wird eine solche Maßnahme seit Jahren, unter bestimmten Vorbehalten, befürwortet. Ihre Verwirklichung würde einerseits den wesentlichsten Schritt zur Schaffung eines bundesstaatlichen Haushalts und damit zur Stärkung der Eigenständigkeit der Gemeinschaftsorgane bedeuten. Andererseits fällt, wie in jeder Zollunion, der Ort der Erhebung der Zölle und Abschöpfungen immer seltener mit dem Ort zusammen, an dem die eingeführten Waren tatsächlich verbraucht werden. Auch unter diesem Gesichtspunkt würde die Zuweisung dieser Einnahmen an die Gemeinschaft einer gewissen Folgerichtigkeit nicht entbehren.

Eine solche Entscheidung würde sicherlich den seit der Unterzeichnung der großen europäischen Vertragswerke (EGKS, EWG und Euratom) bedeutendsten politischen Markstein auf dem Wege der von den Sozialdemokraten zusammen mit anderen demokratischen Kräften angestrebten Schaffung der Vereinigten Staaten von Europa darstellen. Während mehr als einem Jahrhundert, bis 1911, verfügten die Bundesbehörden der USA lediglich über die Zolleinnahmen der Union. Das weiß auch der Hausherr des Elyséepalastes. In Paris wird man aber auch zur Kenntnis nehmen müssen, daß die Gemeinschaft als Ganzes darauf bedacht sein muß, den finanziellen Lastenausgleich zugunsten der französischen Landwirtschaft gegen politische Zugeständnisse Frankreichs umzumünzen.

Die Sozialdemokraten der Gemeinschaft werden in einigen Tagen im Europäischen Parlament die Bedingungen nennen, unter denen sie bereit sind, bei der Enthüllung dieses europäischen Marksteines Pate zu stehen. Ihre Zustimmung zur Erschließung eigener Einnahmequellen für die Gemeinschaft, sowie insbesondere zum Abfluß der Zölle und Agrarabschöpfungen nach Brüssel, wird nicht ohne entscheidende Vorbehalte sein. An der Spitze ihrer Bedingungen wird eine Maxime stehen, die Professor Walter Hallstein kürzlich als den uralten Satz bezeichnete, der aller parlamentarischen Tradition zugrunde liegt: No taxation without representation. Keine Besteuerung ohne Volksvertretung. Die Höhe der eigenen Einnahmen der Gemeinschaft darf nicht ohne entscheidende Mitwirkung des Europäischen Parlaments bestimmt werden. Ihr Verwendungszweck kann nicht ohne parlamentarische Entscheidung festgelegt werden. Hinter diese Bedingungen müssen sich in der nächsten Woche alle im Europäischen Parlament vertretenen politischen Kräfte stellen. Sonst könnte diese Woche eines Tages im Rückblick als die schwarze Woche der europäischen parlamentarischen Demokratie erscheinen.

God save the Queen

Die Repräsentantin der ungeschriebenen Verfassung
700 Jahre Parlament in England

Von Fritz Segall, London

Die Bekanntgabe des Prime Ministers dauerte ungefähr eine Minute. Am 23. März erklärte Harold Wilson, daß der bis dahin königliche Westminster Palast, in dem sich beide Parlamente, das Oberhaus und das Unterhaus befinden, nach über 400 Jahren aus dem Kronbesitz in öffentliches Eigentum übergegangen war. Nur zwei oder drei Zimmer, die von der Königin bei zeremoniellen Anlässen benutzt werden, sind ihr von den über 100 Räumen vorbehalten worden. Anstelle eines der höchsten Beamten der Krone übt die Verwaltung nunmehr der Labour Minister für öffentliche Bauten aus.

Der Besitzwechsel war ein "Akt der Sozialisierung", der keine Debatte und keine Abstimmung erforderte, nachdem die königliche Zustimmung gegeben war. Unter weit schwierigeren Umständen wird sich die bauliche Modernisierung vollziehen, vor allem die Vergrößerung der Plenarsäle, in denen sich keine Tische, sondern lediglich Bänke befinden, die bei weitem nicht einmal allen Abgeordneten Platz gewähren.

Der neue Handkoffer

In dieser Sitzungsperiode des Parlaments hat noch ein anderer Vorgang die Gemüter erregt. Seit über 100 Jahren haben die Schatzkanzler aller politischen Parteien die Manuskripte ihrer Budgeterklärungen in einem ursprünglich weinroten, schon längst aber schwarzgewordenen Lederköfferchen ins Unterhaus getragen. Der Labour Schatzkanzler ließ sich einen neuen Koffer anfertigen. Mit dem Wechsel der Koffer sind zweifellos auch eine Anzahl von Abgeordneten der Labour Party unzufrieden; denn auch sie sind, was Tradition anbetrifft, oft genug konservativer als die blaublütigsten Lords. Vorsichtig bemerkte Schatzkanzler Callaghan: "Ich glaube nicht, daß es richtig ist, beizutragen, daß England als ein Museum betrachtet wird; die neue Budgetbox soll die zweite Hälfte des Jahrhunderts mit seinen Reformen ankündigen."

Mutter der Parlamente

Die britische Verfassung ist ungeschrieben. In einem Staatsrat versammelten sich bis 1242 "die Großen des Landes", die Vertreter des Adels und der Kirche. Erst 1265, vor also 700 Jahren, fällt zum ersten Male das Wort Parlament, zu dessen Beratungen von jetzt an auch gewählte Vertreter der Provinzen und Städte aufgefordert wurden.

Seit dieser Zeit ist die schriftlich nicht festgelegte Verfassung niemals erstarrt, sondern beweglich geblieben und konnte sich stets mit den politischen und sozialen Erfordernissen der Zeit entwickeln. Die britische Staatsform ist im parlamentarischen System verankert, das die vom Volke gewählte Regierung kontrolliert, die wiederum die Träger der Krone berät und beaufsichtigt.

Monarchie ist populär

Nachdem sie noch im Mittelalter eingesperrt und geköpft wurden, haben sich die Königinnen und Könige mit der Verteilung und Ausübung der Macht abgefunden. Es spricht für die Klugheit der modernen Monarchie, daß sie von sich aus die Gesetze der Zurückhaltung beobachtet. Dadurch wurde das Verhältnis zwischen Sovereign und Parlament von Jahrhundert zu Jahrhundert gefestigter und besonders gegenwärtig zu einer unlösbaren Bindung. Kein Geringerer als der kürzlich verstorbene Herbert Morrison schrieb in seinem Buch "Regierung und Parlament", dessen erste Auflage vor elf Jahren, also während einer Zeit erschien, als die Labour Party in Opposition war: "Die Sicherheit und Popularität der heutigen Britischen Monarchie ist vornehmlich darauf zurückzuführen, daß sie nicht regiert, und daß das Regieren die Aufgabe von Ministern ist, die dem Unterhaus verantwortlich sind, und vom Volk gewählt wurden. Die heutige Monarchie erleichtert die Entwicklung der parlamentarischen Demokratie und ihrer Funktionen."

Rechte der Krone

Regierungen kommen und gehen. Der Sovereign bleibt immer der ruhende und beruhigende Pol im britischen Staatswesen und gleichzeitig das unpolitische, zeremonielle und repräsentierende Haupt des Commonwealth, dessen Länder sich in freier Vereinigung zusammenfinden. Elisabeth II, "Her Majesty the Queen", ist Königin von Großbritannien, Australien, Neu-Seeland, Kanada und der noch verbliebenen Kolonien, gleichzeitig aber auch das symbolische Haupt von Staaten, die mit selbständigen Regierungen und mit eigenen Parlamenten als Republiken der großen Völkergemeinschaft angehören.

Wie jeder andere Staatsbürger genießt auch der Sovereign bestimmte Rechte, die Walter Bagehot in seinem immer noch klassischen Werk "English Constitution" folgendermaßen festlegt: "Das Recht um Rat befragt zu werden; das Recht zu unterstützen; das Recht zu warnen."

Der König warnt

Es wird im allgemeinen nicht bekannt, wie oft und bei welchen Gelegenheiten der Monarch seine Minister befragt oder warnt. Durch den ehemaligen Ministerpräsidenten Clemens Attlee hat die Öffentlichkeit jedoch erfahren, daß Georg VI, Vater der Königin Elisabeth, von seinem Warnrecht Gebrauch machte. Der König, so berichtet sein Biograph Sir Wheeler-Bennett, beschreibt in seinem Tagebuch die "traurige Aussprache", die er mit Churchill 1945 nach dem Wahlsieg der Labour Party hatte. "Ich fragte ihn, ob ich Mr. Attlee beauftragen sollte, eine neue Regierung zu formen," Churchill gab seine Zustimmung. "Ich sah dann," berichtet der König weiter, "Mr. Attlee und fragte ihn, ob er bereit wäre, die Regierung zu übernehmen. Er nahm den Auftrag an und wurde mein neuer Prime Minister. Ich sagte ihm dann, daß er auch einen Außenminister zu ernennen hätte und diesen zu den Verhandlungen nach Berlin mitnehmen müsse. Er schlug Dr. Hugh Dalton vor. Ich war nicht mit ihm einverstanden, und ich hoffte, daß er Mr. Bevin ernennen würde." Mr. Attlee war einverstanden und schon sehr bald stellte es sich heraus, daß der königliche Rat richtig war. Noch einige andere Präzedenzfälle beweisen, daß die

Bedenken des Sovereign begründet und die Meinung der Minister falsch sein können.

Zurückhaltung der Presse

Zum königlichen Haushalt gehört eine Presseabteilung, die aber nur formelle Veröffentlichungen und Erklärungen abgibt. Da die königliche Familie nicht in politische Geschehnisse verwickelt zu werden wünscht, nimmt sie zu ihnen auch keine Stellung, besonders dann nicht, wenn persönliche Angelegenheiten eingeschaltet sind. Die britische Presse nimmt auf diese Situation stets weitgehendste Rücksicht und wahrt bis zum letzten Augenblick eine Zurückhaltung und Diskretion, die nachahmenswert erscheint. So erfuhr die britische Öffentlichkeit von den Heiratsabsichten des jetzigen Herzogs von Windsor und seiner Nichte, der Prinzessin Margaret erst zu einem Zeitpunkt, in dem die Auslandspresse täglich intime Einzelheiten zu berichten wußte. In beiden Fällen hätte es nicht gestört, daß die Partner bürgerlicher Herkunft waren; aber daß sie, wenn auch schuldlos, geschieden waren, gab selbst der Führung der Labour Party Veranlassung, die Heiraten abzulehnen.

Churchill plant Königspartei

Es ist wenig bekannt geworden, doch sehr bezeichnend, daß der schon damals viel liberaler denkende und unvoreingenommene Winston Churchill mit einigen seiner konservativen Freunde eine Königspartei zu gründen beabsichtigte, um den damaligen König Edward VIII. vor der Abdankung zu bewahren. Der weitaus größere Teil der Bevölkerung hätte Churchill gestützt. Dadurch aber, daß der Sovereign nicht nur oberster Kriegsherr ist und, wenn auch nur formell, den Titel "Oberster Herrscher der anglikanischen Kirche" führt, für die eine Wiederverheiratung, solange beide Teile der früheren Ehe leben, gleichbedeutend ist mit Bigamie, waren die Eheschließungen unmöglich. Der König mußte abdanken, Prinzessin Margaret ist viel später eine Ehe mit einem unverheirateten Bürgerlichen eingegangen.

Lausig aber loyal

Die Bevölkerung ist dem Königshaus dankbar für die Verbundenheit und erwidert sie mit gleichen Gefühlen. Vor oder nach jedem Konzert, vor dem Beginn oder am Ende jeder Veranstaltung oder eines Tagesprogramms im Rundfunk ertönt die Nationalhymne "Gott segne die Königin". Die Demonstrationen, die spontan erfolgen, sobald sich ein Mitglied des königlichen Hauses zeigt, sind Ausdruck echter Verbundenheit. Die Bevölkerung liebt die großen Prozessionen und Staatsakte, die die Königin in großer Gala zeigen, die an jahrhundertalte Tradition festhalten. Und wenn sie im Parlament die von ihren Ministern verfaßte Thronrede verliest, dann gibt es keinen wirklichen Engländer, der auf solche magisch wirkenden Vorstellungen verzichten würde. Morrison berichtet von einer Treuekundgebung im East End, dem Arbeiterviertel in den Slums von London, in einer äußerlich verkommenen Straße, in der die Bewohner von zwei gegenüberliegenden Häusern eine Girlande gespannt hatten, auf der überzeugend zu lesen war: "Lausig, aber treu." Es ist nicht nur die Königin Elisabeth, die nach Deutschland kommt. Sie ist gleichzeitig die wirkliche Repräsentantin aller Völker, die im Commonwealth vereinigt sind.